

Substanzielles Protokoll 123. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 16. November 2016, 17.00 Uhr bis 19.26 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Roger Bartholdi (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Reto Rudolf (CVP), Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2014/166](#) Schulkommission für die Brückenangebote und die Erwachsenenbildung der Stadt Zürich, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Anne Lore Leiva (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018
3. [2014/168](#) Schulkommission für die Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Anne Lore Leiva (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018
4. [2016/374](#) * Weisung vom 02.11.2016: VGU
Pflegezentren der Stadt Zürich, Pflegewohngruppen, Schaffung von zwei Pflegewohngruppen für an Demenz erkrankte, mobile Menschen Objektkredit und Mietvertrag
5. [2016/380](#) * Postulat von Ezgi Akyol (AL) und Linda Bär (SP) vom VS
E 02.11.2016:
Unbegleitete Minderjährige aus dem Asylbereich (MNA), Unterbringung in MNA-Strukturen mit angemessenem Betreuungsschlüssel
6. [2016/366](#) * Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Heinz Schatt (SVP) VTE
E/T vom 26.10.2016:
Verfehlungen bei ERZ, Logistikzentrum Hagenholz, Veröffentlichung der Berichte des Stadtrats, der GPK und der RPK
7. [2016/296](#) Weisung vom 07.09.2016: STR
Finanzverwaltung, Zusatzkredite II. Serie 2016

8. [2016/335](#) Weisung vom 05.10.2016: STR
Trimesterbericht II/2016 zu den Globalbudgets

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

- 2408. 2014/166**
Schulkommission für die Brückenangebote und die Erwachsenenbildung der Stadt Zürich, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Anne Lore Leiva (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018

Es wird gewählt:

Helene Urech (SVP)
Hardturmstrasse 120a, 8005 Zürich

Mitteilung an den Stadtrat, die Schulkommission und die Gewählte sowie amtliche Publikation am 23. November 2016 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

- 2409. 2014/168**
Schulkommission für die Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Anne Lore Leiva (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018

Es wird gewählt:

Peter Weber (SVP)
Pflanzschulstrasse 71, 8004 Zürich

Mitteilung an den Stadtrat, die Schulkommission und den Gewählten sowie amtliche Publikation am 23. November 2016 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

- 2410. 2016/374**
Weisung vom 02.11.2016:
Pflegezentren der Stadt Zürich, Pflegewohngruppen, Schaffung von zwei Pflegewohngruppen für an Demenz erkrankte, mobile Menschen Objektkredit und Mietvertrag

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 14. November 2016

2411. 2016/380

**Postulat von Ezgi Akyol (AL) und Linda Bär (SP) vom 02.11.2016:
Unbegleitete Minderjährige aus dem Asylbereich (MNA), Unterbringung in MNA-Strukturen mit angemessenem Betreuungsschlüssel**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2412. 2016/366

**Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Heinz Schatt (SVP) vom 26.10.2016:
Verfehlungen bei ERZ, Logistikzentrum Hagenholz, Veröffentlichung der Berichte des Stadtrats, der GPK und der RPK**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Andreas Kirstein (AL) vom 9. November 2016 (vergleiche Beschluss-Nr. 2378/2016)

Die Dringlicherklärung wird von 99 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 Gescho GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2413. 2016/296

**Weisung vom 07.09.2016:
Finanzverwaltung, Zusatzkredite II. Serie 2016**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Für das Jahr 2016 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	13 851 400	3 087 500
2. Kreditübertragungen	+2 194 400 -2 194 400	+400 000 -400 000
Zusatzkredite brutto	13 851 400	3 087 500

2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
– den Zusatzkrediten von	13 851 400	3 087 500
– den Kreditübertragungen von	+2 194 400	+400 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
– verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	–2 194 400	–400 000
– Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	–5 630 000	–
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	8 221 400	3 087 500

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt der Präsident Walter Angst (AL) die Weisung zu den Zusatzkrediten II. Serie 2016 vor und vertritt die Mehrheit.

Walter Angst (AL): Der Stadtrat beantragt zusätzliche Budgetkredite im Umfang von 13,8 Millionen Franken. In der Investitionsrechnung beläuft sich der beantragte Betrag auf 3,08 Millionen Franken, wovon sich 2,2 Millionen Franken auf Kreditübertragungen belaufen. 5,6 Millionen Franken werden durch Mehrerträge generiert. Insgesamt wird das Budget um 8,2 Millionen Franken zusätzlich belastet. Die Rückabwicklung des Baurechts Winkelwiese ist der grösste Posten, dieser beläuft sich auf 6,7 Millionen Franken. Die RPK hat die Weisung in den vergangenen zwei Monaten mit einem neuen RPK-Tool behandelt. Es gibt zwei Anträge, die eine klare Mehrheit finden. Es wurden Anträge gestellt, die nicht benötigt werden, deshalb reduziert sich die Mehrbelastung im Budget auf etwa 6,2 Millionen Franken. Die Mehrheit der RPK empfiehlt die Annahme der Zusatzkredite. Ich danke der Verwaltung für die umfassende Beantwortung der Fragen. Ich hoffe auf eine rasche Debatte.

Kommissionsminderheit:

Michael Baumer (FDP): Bereits das Budget 2016 wies rote Zahlen auf. Das Budget 2017 beläuft sich auf ein Defizit in Höhe von rund 80 Millionen Franken. Aus diesem Grund sind wir grundsätzlich gegenüber Zusatzkrediten skeptisch. Dadurch werden die Budgets noch negativer, auch wenn uns durchaus bewusst ist, dass die Erwartungsrechnung positiv ist. Die Zukunftsaussichten sind nicht rosig. Im Detail beantragen wir einige Kreditanträge zur Streichung. Diese Streichungsanträge umfassen mehr als die Hälfte der Anträge. Deswegen können wir einen Antrag, der uns mehrheitlich nicht entspricht, nicht annehmen und beantragen deshalb die Ablehnung.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Obwohl diese Zusatzkreditserie auf den ersten Blick sehr trocken aussieht, lässt sie auf den zweiten Blick in zweierlei Hinsicht tief blicken. Einerseits zeigt sie, wie ernst die Stadt die Sanierung des Finanzhaushaltes nimmt. Uns wird immer wieder gesagt, es gehe um die Substanz. In einem Monat wird die Budgetdebatte geführt. Es wird voraussichtlich ein Budget mit einem Defizit von rund 70 Millionen Franken budgetiert. Wenn man sich anschaut, wofür wir heute Zusatzkredite sprechen müssen, sieht man, wie tief die Messlatte liegen muss. Heute sprechen wir Zusatzkredite für mehr

Sandwiches und Fruchtwähen für die staatliche Disco im Dynamo, für neue Wasserhähne und Steckdosen im Dada-Haus, für ein webbasiertes Informations- und Beratungsportal für sexuelle Belästigung, eine Erhöhung des Aktienkapitals im Streichelzoo, für neue Briefmarken im Stadtrichteramt und selbstverständlich ein paar Millionen Franken für die Asyl- und Betreuungsindustrie. Einige dieser Zusatzkredite sind haarsträubend, so beispielsweise die Sandwiches im Dynamo. Dieser Club hat vor einiger Zeit Stempel mit der Aufschrift «Fuck SVP» verteilt. Wäre auf diesen Stempeln «Fuck Asylbewerber» oder «Fuck Schwarze» gestanden, wäre der Club sofort geschlossen worden. So wird dem Club aber Geld angeboten. Wir werden die einzelnen Anträge besprechen, Sie werden sehen, wie absurd sie teilweise sind. Andererseits werden wir heute über die Zusammenarbeit sprechen. In einem Monat sollen wir ein Budget mit einem Defizit von 70 Millionen Franken auf eine Null bringen. Die beiden bürgerlichen Parteien bringen insgesamt 11 Kürzungsanträge, die CVP hat ebenso wie die Mehrheit im Rat keine Kürzungsanträge vorgebracht. Wenn ich für die Budgetdebatte eine Prognose wagen soll, würde ich sagen, dass wir nichts kürzen werden.

Walter Angst (AL): *Zusatzkredite haben die Funktion, dass dadurch beim Budget die Budgetwahrheit hergestellt werden kann. Viele der von Stefan Urech (SVP) erwähnten Dinge beziehen sich auf die Budgetwahrheit. Einnahmen und Ausgaben heben sich auf. Die FDP ist bei Anträgen zurückhaltender. Ich glaube nicht, dass wir heute finanzpolitische Kernfragen besprechen. Wir müssen das Budget dort nachführen, wo es notwendig ist.*

Stefan Urech (SVP): *Wir haben uns intensiv mit den Zusatzkrediten auseinandergesetzt. Dort, wo beispielsweise ein Rohr gebrochen ist und dadurch Verzögerungen und Mehrkosten anfallen, haben wir den Rotstift nicht angesetzt. Wir haben ihn dort angesetzt, wo einem die Haare zu Berge stehen, wenn man schaut, was als staatliche Aufgabe betrachtet wird.*

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite II. Serie 2016 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zur Dispositivziffer 1) zu genehmigen:

1.1 Dringliche Zusatzkredite

Antrag 1)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Gemäss Walter Angst (AL) müssten wir über diesen Antrag nicht reden. Hier geht es um das Cabaret Voltaire, dem das Licht ausgegangen ist, nachdem wir bereits hunderttausende Franken investiert haben. Der Stadtrat hat anfangs Jahr bemerkt, dass das Licht ausgefallen ist. Gemäss Stadtrat konnte der Betrieb deshalb nicht weitergeführt werden. Bei einem Gast pro Tag hätte der Betrieb auch eingestellt werden können. Wir bearbeiten in der Kommission ein Geschäft in Bezug auf das Cabaret Voltaire in Höhe von 16 Millionen Franken. Offenbar ist dieses Geschäft der Stadt wichtiger als der Bau von Wohnungen. Es wird eine Liegenschaft mit fünf Wohnungen gekauft, wohingegen im Seefeld eine Liegenschaft der Stadt im Tauschgeschäft an die Swiss Life abgetreten wird. Jetzt reichen die hunderttausende Franken, die das Cabaret Voltaire in den vergangenen Jahren erhalten hat, nicht aus, um das Licht zu reparieren. Man hätte versuchen können, den Betrag in den Kaufpreis für das Haus zu integrieren. Es wird sehr leichtfertig mit dem Geld umgegangen. Man kann sich zwar auf den Stand-*

punkt stellen, dass das Geld sowieso ausgegeben wird. Wir sind der Ansicht, dass die Reparatur auch mit anderen Mitteln erreicht werden könnte.

Shaibal Roy (GLP): Ich werde den Sachverhalt darstellen. Der erste, dringliche Zusatzkredit betrifft im Präsidentialdepartement Kultur, Unterhalt und Reinigung in verschiedenen, gemieteten Liegenschaften. Der Stadtrat hat auf diesem Konto basierend auf den Erfahrungswerten der Vorjahre 26 500 Franken budgetiert. Man muss erwähnen, dass es bereits 2015 aufgrund behördlicher Auflagen und eines Wasserschadens zu einer Budgetüberschreitung von knapp 31 000 gekommen war. Anstatt mehr zu budgetieren, benötigen wir Budgetwahrheit. Dort, wo es notwendig ist, müssen wir Zusatzkredite sprechen. Leider kam es unerwarteter Weise zu ungeplanten Unterhaltsarbeiten in Höhe von 19 000 Franken. Erst im April wurde der ganze Umfang bekannt. Die Defekte beziehen sich auf Elektrovorschaltgeräte, die einerseits den Betrieb verhindert haben und andererseits eine Gefährdung des Publikums darstellten. Das Geld wurde bereits ausgegeben, die Rechnungen mussten gezahlt werden. Gemäss Mietvertrag ist die Stadt für den Unterhalt des Hauses verpflichtet. Dies betrifft nicht nur das Cabaret Voltaire, sondern auch das «Atelier F&F» an der Flurstrasse. Auch dort kam es zu einer dringenden Elektroreparatur. Es verbleibt somit Mitte Jahr eine Reserve von 21 000 Franken, wovon jedoch ein Grossteil aufgebraucht worden ist. Das Budget ist mit dem Zusatzkredit genau berechnet. Der zweite Teil des Zusatzkredits betrifft die Reinigung der Liegenschaft Bärensasse. Ein Teil ist an die Volkshochschule vermietet, ein Teil an das junge Literaturlabor JULL. Die Stadt übernimmt gemäss Mietvertrag die Reinigung. Es ist günstiger, das ganze Haus von einer Reinigungsfirma reinigen zu lassen. Es ist günstiger, dies extern zu zahlen, als die IMMO damit zu beauftragen.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): Wir befinden uns in der Enthaltung, da der Antrag so spät eingereicht wurde, dass wir ihn nicht mehr in der Fraktion behandeln konnten. Wir hatten nun die Gelegenheit, uns die Sachlage vor Augen zu führen und kommen zum Schluss, dass wir diesen Antrag ablehnen werden. Man hätte die ordentliche Instandhaltung genauer anschauen sollen. Im letzten Jahr ist es bereits zu Vorfällen gekommen, man hätte sich überlegen sollen, was nötig ist und dies in der ordentlichen Budgetierung berücksichtigen sollen. Das Haus gehört nicht der Stadt, es handelt sich nicht um einen üblichen Vertrag. Der Eigentümer hat offenbar gut verhandelt. Einige Kulturbetriebe, die in Liegenschaften eingemietet sind, die der Stadt gehören, erhalten keine von der Stadt finanzierten Ausbauten.

Stefan Urech (SVP): Der Sprecher der Mehrheit warf uns vor, polemisch zu sein. Wir gehen vom Sachverhalt aus, dass die Stadt einen milliardenhohen Schuldenberg hat, es wird jährlich ein Millionendefizit budgetiert. Das Dada-Haus hat bereits hunderttausende Franken erhalten. Jeder richtige Dadaist würde sich im Grab umdrehen, wenn er wüsste, wie die Stadt das Haus vereinnahmt. Es ist nicht nachvollziehbar, wie man das Cabaret Voltaire als günstig bezeichnen kann.

Walter Angst (AL): Ich habe eine Differenz zwischen der SVP und der FDP festgestellt. Die SVP will, dass das Dada-Haus selber zahlt. Die FDP möchte, dass die Swiss Life zahlt. Verträge sind einzuhalten.

S. 2	15 1501 3143 0000	Präsidialdepartement Kultur Unterhalt und Reinigung der gemieteten Liegenschaften			
1)	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	60 000		Mehrheit	Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
				Enthaltung	Vizepräsident Michael Baumer (FDP)
				Abwesend	Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	60 000			
	Begründung	Unterhaltsarbeiten aus eigenem Gewinn finanzieren			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Michael Baumer (FDP): Hier geht es darum, dass die Fachstelle für Gleichstellung die administrative Führung des Projekts webbasiertes Informations- und Beratungsportal sexuelle Belästigung übernehmen soll. Der Antrag ist saldoneutral. Trotzdem stellt sich die Frage, weshalb die Stadt dies tun sollte. Die Stadt sieht diesen Auftrag als Chance, die grossen Mitarbeiterkapazitäten zu nutzen und so einen Beitrag an die Reduktion des Aufwandüberschusses zu leisten. Richtig wäre, die Mitarbeiterkapazitäten abzubauen. Wir haben bei dieser Fachstelle seit einiger Zeit den Eindruck, dass dies angezeigt wäre. Wir wollen nicht, dass die Fachstelle zusätzliche Aufgaben übernimmt, selbst wenn sie dafür entschädigt wird.

Shaibal Roy (GLP): Auf diesem Konto befinden sich durchlaufende Beträge, der Antrag ist saldoneutral. Es handelt sich bei diesem Projekt um ein webbasiertes Informations- und Beratungsportal zu sexuellen und sexistischen Belästigungen. Das Projekt erstreckt sich über vier Jahre und wird mit einem Gesamtbeitrag in Höhe von 190 860 Franken vom Eidgenössischen Departement des Inneren unterstützt. Das Finanzhilfegesuch wurde im Januar gestellt und im Mai gutgeheissen. Der erste Betrag wurde bereits gezahlt und musste auch eingesetzt werden. Deshalb handelt es sich um einen dringlichen Zusatzkredit. Die Minderheit findet, dass die Stadt dieses Projekt nicht durchführen sollte. Gemäss einer Studie zur Risikoverbreitung sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, die 2008 in der Deutschschweiz und Romandie durchgeführt wurde, zeigt, dass immerhin ein Drittel der Befragten in den letzten 12 Monaten sexuelle Belästigung erlebt haben. 6,5 % der Frauen und Männer haben die sexuelle Belästigung als störend und unangenehm bezeichnet. Hochgerechnet auf die 452 100 Beschäftigten in der Stadt ergibt dies für 2015 29 000 Frauen und Männer, die zumindest subjektiv von sexueller Belästigung betroffen sind. Diese niederschwellige Auskunfts- und Beratungsmöglichkeit ist sinnvoll und notwendig. Die Massnahme ist zeitgemäss.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): Wir werden im Budget die Auflösung dieser Fachstelle beantragen. Folglich dürften wir diesen Zusatzkredit nicht annehmen. Auch die Saldoneutralität hinterlässt bei uns nicht wirklich Eindruck. Inhaltlich handelt es sich um einen Fehlschuss. Die Dringlichkeit wird durch das allgemein verbreitete Entsetzen in den Medien über die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz oder im Gemeinderat oder Nationalrat befeuert. Die Diskussion wurde durch die SVP-Nationalrätin Andrea Geissbühler ausgelöst. Sie hatte gesagt, manche Frauen seien selber schuld, wenn sie sexuell belästigt werden. Andrea Geissbühler hat eine Kategorie genannt. Diese Evaluation wurde sicher von einer Fachstelle durchgeführt und die Fragen wurden sicher so gestellt, dass sich möglichst viele Fälle an sexueller Belästigung ergeben. Andrea Geissbühler hat sicher das Buch der deutschen Bestsellerautorin Birgit Kelle gelesen. Frau Kelle sagte auch, viele Frauen seien selber schuld, wenn sie sexuell belästigt werden. Für sexuelle Belästigung gibt es Gerichte und die Polizei. Dafür brauchen wir keine Fachstelle.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Es geht um Respekt, darum, wo Komplimente gemacht werden und darum, wie selbige ankommen. Dadurch, dass ich mir dies während einer Sitzung anhören musste, fühlte ich mich nicht ernstgenommen. Es geht um Respekt und darum, dass gemerkt wird, wie weit man gehen darf. Die Studie wird von Daniel Regli (SVP) als gesucht bezeichnet, die Zahlen werden angezweifelt. In dieser Studie wurde festgestellt, dass sich 29 000 Frauen und Männer in der Stadt jährlich belästigt fühlen. Täglich sind dies 79 Frauen und Männer, die dies als störend und unangenehm bezeichnen. Es ist unangenehm. Das Projekt ist saldoneutral, ich würde das Projekt auch dann durchführen wollen, wenn die Stadt den Betrag selber zahlen müsste. Die Angelegenheit im ewz ist noch nicht so lange her. Frauen wurden dort über längere Zeit belästigt. Wenn heute gesagt wird, das sei heute kein Thema mehr, ist das falsch.

Roger Liebi (SVP): Die einseitige Moralkeule der Linken ist unglaublich. Letzte Woche hat uns eine Gemeinderätin der SP mitgeteilt, dass in diesem Raum jeder Dritte ins Bordell gehe. Jetzt wird uns gesagt, wir seien Sexisten. Die Moralkeule wird hervorgeholt. Das ist lächerlich. Das Grundproblem ist die Fachstelle für Gleichstellung. Diese existiert seit etlichen Jahren und offenbar hat die Fachstelle keine Probleme gelöst. Es wäre nicht möglich, dass die Probleme noch hier wären, wenn die Fachstelle gut gearbeitet hätte. Offenbar ist die Fachstelle nicht in der Lage, die Probleme zu lösen. Wenn das Geld schon ausgegeben werden soll, dann sollten die Vorwürfe der Sozialisten untersucht werden.

Alan David Sangines (SP): Ich verstehe den emotionalen Ausbruch von Roger Liebi (SVP) nicht. Christine Seidler (SP) hat nur die Statistik genannt. Dies betrifft auch jeden dritten Angehörigen der SP. Ich verstehe nicht, was daran so schlimm ist, wenn jemand zu einer Prostituierten geht. Ich fand es interessant, dass gesagt wurde, dass solche Vorfälle nicht mehr vorkämen, wenn die Fachstelle für Gleichstellung ihre Arbeit richtig machen würde. Ich glaube, es gibt jeden Tag Verbrechen, trotzdem wird die Existenz der Polizei nicht angezweifelt.

Dr. Daniel Regli (SVP): Es ist Karin Rykart Sutter (Grüne) unbenommen, sich verletzt zu fühlen, wenn ihr jemand ein solches Kompliment macht. Das hat jedoch nichts mit sexueller Belästigung zu tun. Jetzt soll eine Grenze verschoben werden. Wenn hier eine Frau spricht und fünf Männer den Saal verlassen, kann sie sich in ihrer Würde schwer verletzt fühlen. Schlussendlich wird sie in diese Fachstelle gehen. Wo will man die Grenze setzen?

Stefan Urech (SVP): Die Messlatte für sexuelle Belästigung wird sehr tief angesetzt. Ich verstehe nicht, dass nicht dieselbe Messlatte für die Einwanderung und die Asylbewerber angesetzt wird. Es gibt sehr viele Übergriffe. Es kommen Menschen in unser Land, die andere Einstellungen zu Homosexualität und Frauenrechten haben als die konservativsten Schweizer. Wenn wir darüber reden, werden die Probleme mit Samthandschuhen angefasst. Das verstehe ich nicht. Das konnte mir noch niemand erklären.

Gabriela Rothenfluh (SP): Diese Diskussion zeigt, dass wir die Fachstelle nicht abschaffen können. Die Grenze ist schwammig. Es hat niemand behauptet, dass auf unserer Seite Belästigungen nicht vorkommen. Es ist seltsam, wenn einerseits gesagt wird, die Fachstelle sei unnötig und andererseits die Grenze als schwammig bezeichnet wird. Weil die Grenze schwammig ist und nicht immer klar ist, worum es sich handelt, braucht es Aufklärung und Diskussion.

Michael Baumer (FDP): Ich erlaube mir, auf den Zusatzkredit zurückzukommen. Die Frage, die sich stellt, ist, ob die Stadt die administrative Führung dieses Projekt übernehmen wird. Die Antworten der Verwaltung haben gezeigt, dass die Kapazitäten der Fachstelle offenbar zu hoch sind. Deshalb stellt sich die Frage, ob die administrative Leitung übernommen oder die Ressourcen angepasst werden sollen. Offenbar gibt es zu viele Ressourcen. Unser Antrag rührt daher, dass wir für eine Anpassung der Ressourcen sind. Wir müssen keine Aufgaben für den Bund übernehmen, die der Bund selber lösen kann. Die Stadt muss diese Trägerschaft nicht übernehmen.

Derek Richter (SVP): Wenn es in der Stadt eine überflüssige Dienststelle gibt, dann ist es die Dienststelle für Gleichstellung. Sämtliche Angestellte in dieser Dienststelle sind Projektleiter. Ist Belästigung zwischen Mann und Frau ein Projekt, zwischen Frauen ein eigenes Projekt, zwischen Männern ein eigenes Projekt? Diese Abteilung ist unnötig.

S. 2	15 1506 3750 0000	Präsidialdepartement Fachstelle für Gleichstellung Durchlaufende Beiträge an private Unternehmungen		
2)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	50 000	Mehrheit	Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)
			Abwesend	Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	50 000		
	Begründung	Kein Ausbau des Leistungskatalogs		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2.1 Ordentliche Zusatzkredite

Antrag 3)

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Michael Baumer (FDP): Das Thema der unverschuldeten Entlassungen hat uns bereits mehrfach beschäftigt. Es ist nicht falsch, dass Abfindungen verteilt werden. Dies ist im Personalrecht geregelt, es gibt Situationen, in denen dies notwendig ist. Die Art der Budgetierung passt uns nicht. Die Planung der Abfindungen erfolgt nicht sehr proaktiv. Wir sind kritisch mit dieser Art und Weise, wie diese Abfindungen budgetiert werden. Man muss eine bessere Lösung finden können. Wir hoffen, dass der Stadtrat eine Lösung aufzeigen wird, wie dies künftig besser gehandhabt werden könnte.

Florian Utz (SP): Im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement erfolgen derzeit verschiedene Reorganisationen. Dies betrifft verschiedene Dienstabteilungen. Die Entfernung von Graffiti wird künftig ausgelagert, dies hat eine Steigerung der Kosten um 270 000 Franken zur Folge. Im Tiefbauamt werden die Löhne gekürzt und gleichzeitig wird mehr für Drittaufträge ausgegeben. Das Muster wiederholt sich in Grün Stadt Zürich. Die SP war nicht erstaunt, dass aufgrund dieser Reorganisationen ein Viertel der bei den Zusatzkrediten beantragten Gesamtsumme aus dem Tiefbau- und Entsorgungsdepartement kommt. Auf diese Reorganisationen sollte verzichtet werden. Im Zuge der Behandlung revidierte das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement den Antrag und benötigt jetzt nur noch eine Teilsumme. Ein weiterer Teil wird mit dem Budget 2017 beantragt. Aktuell werden 45 000 Franken beantragt. In diesem Rahmen befinden sich auch andere Departemente. Deshalb sollte diese Summe bewilligt werden. Auch das, was wir als Zusatzkredit sprechen müssen, bereitet uns keine Freude. Heute gilt die aktuelle gesetzliche Grundlage, wir müssen uns danach richten. Wir erwarten, dass die entsprechende Motion umgesetzt wird und dass das TED auf die teure Reorganisation verzichtet.

Walter Angst (AL): Wir schliessen uns dem Antrag des Stadtrats an. Der Antrag des Stadtrats kann auf 228 300 Franken reduziert werden. Wir sind zuversichtlich, dass der Stadtrat die Motion umsetzen wird und klar definiert, dass das Maximum der Abfindungen tiefer festgesetzt werden soll. Dadurch sollten wir künftig weniger als eine Million Franken für Abfindungen bei unverschuldeten Entlassungen ausgeben müssen. Das Anliegen im Gemeinderat besteht schon seit einiger Zeit, der Stadtrat nutzt die Frist voll aus. Eine Motion wurde 2006 eingereicht und schliesslich als Postulat überwiesen. Wir sind froh, dass Stadtrat Daniel Leupi die Weisung im März vorlegen wird.

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): Auch wir folgten dem Antrag des Stadtrats. Gemäss Personalreglement müssen diese Abfindungen gezahlt werden. Dies ist unbestritten. Wir finden es irritierend, dass wir vier Mal nachfragen mussten, bis wir erfuhren, dass ein grosser Teil des Betrags nicht benötigt wird. Wir erwarten, dass dies bereits zum Zeitpunkt der Beantragung des Zusatzkredits bekannt ist. Dies sollte proaktiver und effizienter gehandhabt werden. Bei der Motion hätten wir uns ebenfalls eine proaktivere und raschere Umsetzung gewünscht. Wir wollen, dass dies geregelt und uns baldmöglichst unterbreitet wird.

Roger Liebi (SVP): Ich danke Walter Angst (AL) für sein Votum. Wenn die Vertreter der SVP einen guten Vorstoss vorbringen, wird er weggewischt und nicht umgesetzt. Ich bin froh, dass die RPK nun mitgemacht hat. Wir müssen damit leben. Wir sind froh, dass die Verantwortlichen im TED lernfähig sind und rasch umsetzen, was das Parlament verlangt.

S. 3	10 1060 3010 0850	Behörden und Gesamtverwaltung Gesamtverwaltung Abfindungen für unverschuldete Entlassungen		
3)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	593 300		Minderheit 1 Präsident Walter Angst (AL), Referent; Shaibal Roy (GLP)
	Neu 1 Verbesserung 1	228 300 365 000		Minderheit 2 Florian Utz (SP), Referent
	Begründung 1	Verzicht auf Reorganisationen im TED		
	Neu 2 Verbesserung 2	0		Mehrheit Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)
	Begründung 2	Generell kritische Haltung zu Abfindungen		
				Enthaltung Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP)
				Abwesend Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)

Florian Utz (SP) ändert den Antrag der Minderheit 2 auf einen Zusatzkredit in der Höhe von 228 300 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Antrag Stadtrat/Minderheit 1	(593 300)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(0)	42 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(228 300)	<u>80 Stimmen</u>
Total		122 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 2 mit 80 Stimmen zugestimmt, womit das Quorum von 62 Stimmen für die gleichgeordneten Anträge und von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Antrag 4)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): Hier geht es um die Erhöhung des Aktienkapitals des Zoos. Wir stehen hinter dem Zoo. Wir sind jedoch der Ansicht, dass die finanzielle Lage des Zoos gut bis sehr gut ist und sehen nicht ein, wozu der Zoo das Aktienkapital erhöhen sollte. Eben- sowenig erkennen wir, wozu sich die Stadt dabei beteiligen sollte. Gäbe es beim Zoo ein finanzielles Problem oder wäre eine Erweiterung geplant, sähe dies anders aus. Eine Erhöhung des Aktienkapitals auf Vorrat betrachten wir nicht als notwendig.

Michael Baumer (FDP): Die Zoo Zürich AG hat beschlossen, das Aktienkapital zu erhöhen. Die Stadt besitzt keine Mehrheit am Aktienkapital, weshalb sie dies auch nicht verhindern kann. Der Zoo möchte auch einem breiten Publikum Aktien anbieten und eine Publikumsgesellschaft sein. Die Stadt besitzt wie auch der Kanton 12,5 % des Aktienka-

pitals. Wenn die Stadt bei einer Aktienkapitalerhöhung im gleichen Verhältnis beteiligt bleiben möchte, muss man die Aktien zeichnen. Es ist sinnvoll, wenn die Stadt als Standortgemeinde, sich da entsprechend einbringen kann. Deshalb sollte die Beteiligung sich weiterhin auf 12,5 % belaufen. Dies bedeutet eine Beteiligung an der Erhöhung des Aktienkapitals.

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): Im Grundsatz sind wir der Ansicht, dass die Stadt ihr Mitbestimmungsrecht nicht schmälern soll. Deshalb wäre es sinnvoll, an dieser Aktienkapitalerhöhung im selben Umfang wie der Kanton mitzumachen. Allerdings beschränkt sich die Mitbestimmung der Stadt im Wesentlichen auf die Sitze im Verwaltungsrat. Unsere grünen Interessen werden durch den Stadtrat schlecht vertreten. Dies betrifft die Verkehrserschliessung mit dem Tram und die Parkplatzproblematik. Eigentlich könnten wir auf die Mitsprache auch verzichten. Wir sind der Ansicht, dass die Stadt mitreden sollte, wenn sie Geld zahlt. Die Stadt zahlt nicht nur für die Aktienkapitalerhöhung. Die Stadt zahlt viel mehr Geld für die jährlichen Betriebsbeiträge. Wir sind der Ansicht, dass die Stadt auch dafür sorgen sollte, dass dies bei der Mitsprache, unter anderem beim Aktienbesitz entsprechend gewürdigt wird. Deshalb haben wir heute ein Postulat eingereicht, welches das fordert. Die Millionenbeiträge, welche die Stadt jährlich an den Zoo zahlt, sollen sich künftig in einem grösseren Aktienbesitz und einem entsprechend besseren Mitbestimmungsrecht niederschlagen. In diesem Antrag geht es um Aktien in Höhe von 337 500 Franken. Die Beträge, welche die Stadt jährlich zahlt, sind rund zehn Mal höher. Es geht um 3,3 Millionen Franken im Jahr 2015. Für dieses Geld bekommt die Stadt nichts. Bei diesen Summen muss man ansetzen, wenn die Stadt mehr Mitbestimmungsrecht möchte. Deshalb werden wir heute dem Antrag auf Aktienkapitalerhöhung zustimmen. Wir fordern aber mit unserem Postulat, dass auch die anderen Summen, die von der Stadt gezahlt werden, entsprechend berücksichtigt werden.

Stefan Urech (SVP): Michael Baumer (FDP), du hast die Wünsche der Grünen an den Zoo gehört. Die Stadt hat eine linke Regierung, deshalb wollen wir nicht, dass die linke Stadt im Zoo mehr Mitspracherechte hat.

Urs Fehr (SVP): Auch wenn wir den Antrag ablehnen, verändert sich an der Mitsprache nicht viel. Das Verkehrskonzept der Grünen ist tragischer. Würden wir dieses umsetzen, könnten wir den Zoo gleich schliessen. Wir werden nie erreichen, dass die Leute aus dem Aargau oder Thurgau mit dem öffentlichen Verkehr dort anreisen. Die Leute wollen dort mit dem Auto hinfahren. Ginge es um die Quartierbevölkerung, würden wir dort ein Parkhaus bauen. Dort könnten die Autos parkieren. Die Mehrheit wird solchen seltsamen Verkehrskonzepten immer eine Abfuhr erteilen.

S. 3	20 2000 524100	Finanzdepartement Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Beteiligung an Aktienkapitalerhöhung Zoo Zürich AG		
4)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	337 500	Mehrheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
			Abwesend	Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	337 500		
	Begründung	Weniger Mitsprache der Stadt Zürich beim Zoo schadet nicht		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 5)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Michael Baumer (FDP): Hier geht es um die Villa Winkelwiese. Der Baurechtsnehmer verzichtet auf die Umsetzung, weshalb die Rückabwicklung des Baurechts passieren muss. Selbstverständlich ist es unschön, dass das Baurecht nicht umgesetzt werden konnte. Trotzdem stellt sich die Frage, wie es weitergehen soll. Einige wollen dort kommunale Wohnungen bauen. Deshalb gibt es auch diesen Zusatzkreditantrag. Man kann viel vom kommunalen Wohnungsbau halten, man kann sich fragen, wie viel gemeinnütziger Wohnungsbau nötig ist. Dazu gibt es verschiedene Haltungen. Dennoch muss man sich fragen, ob im Einzelfall die Abweichung von dogmatischen Positionen sinnvoll wäre. An dieser Lage bietet es sich an, etwas anderes zu tun. Entweder kann etwas für die Infrastruktur der Stadt gemacht werden oder man kann ein neues Baurecht anstreben. Auf der Fläche des Areals kann man keine grosse Überbauung bauen. Deshalb sollte die spezielle Lage genutzt werden und etwas für die Stadt getan werden. Deshalb beantragen wir die Streichung der Abschreibung. Diese ist ein Zeichen dafür, dass die Fläche ohne Berücksichtigung des Marktwertes verwertet werden soll.

Walter Angst (AL): Michael Baumer (FDP) erkennt die Lage. Durch die Ablehnung kann nicht erreicht werden, dass ein Baurecht erteilt wird. Die Entscheidung, ob man wieder ein Baurecht erteilt, wird später gefällt. Im Moment ist klar, dass das Buchgeld, das generiert wurde, in den Büchern bleiben kann. Real ist, dass der Zins nicht gezahlt wird. Die Mietverträge bringen weniger Geld ein und führen dazu, dass nach Auflösung des Baurechtsvertrags ein Objekt vorliegt, das zum entsprechenden alten Buchwert wieder im Rechnungskreis ist. Was wir künftig mit dem Areal machen werden, werden wir in Zukunft entscheiden. Eine Ablehnung würde zu einer falschen Darstellung der Realität führen.

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): Die GLP befand sich in der Enthaltung. Wir haben die Angelegenheit nochmals angeschaut. Das Neubauprojekt wurde nicht realisiert und der Baurechtsvertrag aufgelöst. Wir betrachten eine periodengerechte Zuordnung als bestimmend. Wir müssen dies dem richtigen Rechnungskreis zuordnen. Das ist der Rechnungskreis Wohnliegenschaften 2022. Wir betrachten dies nicht als Vorwegnahme einer Entscheidung. Wie die künftige Lösung aussehen wird, hat keinen Einfluss auf diese Entscheidung. Die Verbuchung ist korrekt.

Roger Liebi (SVP): Eigentlich haben alle Recht. Wenn man sagt, eine Abschreibung sei möglich, ist das richtig. Es sagt aber niemand, dass dies getan werden muss. Diese Abschreibung ist nicht obligatorisch. Wenn man zum Buchwert zurückkehrt, geht man nicht vom realen Wert aus. Der reale Wert ist offenbar gegeben. Als das Land damals abgegeben wurde, hat man einen Gewinn festgeschrieben. Jetzt soll dieser abgeschrieben werden. Wir können den Gewinn in den Büchern belassen. Es gibt kein Gesetz, demzufolge eine Immobilie mit dem Buchwert in den Büchern sein muss. Es ist unnötig, dies jetzt zurückzuführen. Vor allem im Unwissen, was künftig alles passieren wird im Zusammenhang mit dem gemeinnützigen Wohnungsbau, ist der Zusatzkredit unnötig.

S. 3	20 2024 3305 0000	Finanzdepartement Baurechte des Finanzvermögens Abschreibungen auf Sachwertanlagen des FV		
5)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	6 773 100		Minderheit
				Präsident Walter Angst (AL), Referent; Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Mehrheit
				Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Stefan Urech (SVP)
				Enthaltung
				Shaibal Roy (GLP)
				Abwesend
				Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	6 773 100		
	Begründung	Neues Baurecht anstreben		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 74 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 6)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stephan Iten (SVP): *Ich will nicht über den Ablauf eines Budgets in der Privatwirtschaft sprechen. Eine Budgetkürzung bedeutet auch in der Stadt, dass keine Zusatzkredite beantragt werden. Dies ist nicht im Sinn unserer Kürzungsanträge. Wenn wenigstens begründet würde, dass bei einem anderen Konto Sparmassnahmen vorgenommen wurden, würden wir sehen, dass unser Budget ernst genommen wurde. Vielleicht würde man keine Zusatzkredite benötigen, es wäre aber auf jeden Fall ein Wille zur Umsetzung der Kürzungen erkennbar.*

Florian Utz (SP): *In diesem Zusatzkredit geht es um Postgebühren für die Zustellung von Strafbefehlen. Das Stadtrichteramt muss diese Befehle zustellen. Wenn man sich nicht an die Spielregeln hält, kann es eine Busse geben. Gemäss Kürzungsantrag sollen 10 % der Postgebühren für die Strafbefehle gestrichen werden. Dies würde bedeuten, dass an den letzten 36,5 Tagen des Jahres keine Strafbefehle mehr zugestellt werden können. Dadurch werden die Stadtrichter von der SVP an die kurze Leine genommen. Der Strafverfolgungsbehörde werden Steine in den Weg gelegt.*

Weitere Wortmeldung:

Michael Baumer (FDP): *Der Antrag wurde spät eingereicht, deshalb befinden wir uns noch in der Enthaltung. Wir schliessen uns der Position der Mehrheit an. Dieses Jahr geht es darum, dass ein Sondereffort nötig ist wegen der Verjährung alter Strafbefehle. Aus diesem Grund ist es gerechtfertigt, dies aufzuzeigen und dass versucht wird, die Verjährung zu verhindern.*

S. 4	25 2525 3181 0000	Polizeidepartement Stadtrichteramt Post- und Telekommunikationsgebühren			
6)	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	113 000		Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP)
	Neu	0		Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
				Enthaltung	Vizepräsident Michael Baumer (FDP)
				Abwesend	Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	113 000			
	Begründung	Budget einhalten, sonst sind Kürzungsanträge obsolet			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 7)

Kommissionsreferent:

Stefan Urech (SVP): Hier geht es um die Löhne von Schutz- und Rettung. Durch eine neue Hochrechnung kam man zum Schluss, dass der Zusatzkredit nicht benötigt wird. Wir wünschen uns, dass häufiger solche Hochrechnungen angestellt werden.

S. 4	25 2550 3010 0000	Polizeidepartement Schutz und Rettung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
7)	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	200 000			
	Neu	0		Zustimmung	Stefan Urech (SVP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
				Abwesend	Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	200 000			
	Begründung	ZK wird nicht mehr benötigt			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 8)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Derek Richter (SVP): Der Stadtrat beantragt zusätzliche 150 000 Franken für ungeplante, vorzeitige Altersrücktritte. Jährlich grüsst das Murmeltier. Die ungeplanten Altersrücktritte sind durch das Personalrecht der Stadt möglich. In der Antwort können wir nachlesen, dass diese Fälle bei der Budgetierung nicht einbezogen werden können. Das geltende Recht sieht solche Fälle vor. Warum müssen wir uns jährlich mit diesem Budgetposten befassen? Dies betrifft auch die unverschuldeten Entlassungen. Die Budgetierung ist unsorgfältig.

Florian Utz (SP): Ich nehme gerne zur Begründung der SVP und derjenigen von Derek Richter (SVP) Stellung. Die RPK-Delegation der SVP ist der Ansicht, dass die Reglemente überdacht werden sollten. Sie fordert also eine Gesetzesänderung. Der Stadtrat arbeitet an diesem Thema. Heute gilt das heutige Recht. Gemäss diesem Recht sind solche Altersrücktritte möglich. Der Stadtrat hat diesbezüglich keinen grossen Spielraum. Die Mehrheit der RPK ist bereit, das heutige Recht anzuwenden. Derek Richter (SVP) sagte, der Stadtrat habe einen Budgetierungsfehler gemacht, dazu muss ich sagen, dass immer eine Budgetierungsunsicherheit besteht. Niemand in diesem Raum will, dass der Stadtrat bei der Budgetierung vom schlimmsten Fall ausgeht.

S. 4	25 2550 3040 0000	Polizeidepartement Schutz und Rettung Personalversicherungsbeiträge		
8)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	150 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
			Abwesend	Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	150 000		
	Begründung	Reglemente betreffend vorzeitige Altersrücktritte überdenken. Das kann nicht Jahr um Jahr so weiter gehen.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 9)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): Ich könnte Ihnen aufzeigen, dass wir zurzeit einen Niedergang unserer humanitären Tradition erleben müssen. Ich könnte Ihnen aufzeigen, dass der linke Populismus, in dem jeder Ankömmling als Asylsucher bezeichnet wird, die Glaubwürdigkeit des Asylwesens massiv angreift und beschädigt. Heute werde ich mir diese Mühe nicht machen, Ihnen die Realität aufzuzeigen. Ich möchte aber sagen, je länger Missstände zugedeckt werden, je länger sich die Politik von der Bevölkerung und Realität entfernt, umso radikaler wird das Volk den Grössenwahnsinn korrigieren. Wir haben

letzte Woche von der SP gehört, dass die Wahl von Donald Trump schlimm für alle Frauen auf der Welt ist. Das Asylchaos in Frankreich ist fortgeschritten. In Frankreich wird der Grössenwahn der Politik dazu führen, dass vielleicht Marine Le Pen zur Präsidentin gewählt wird. Sie sieht alles Übel im Kapitalismus. Die SVP ist für Stabilität, wir wollen keine radikalen Personen. Deshalb wollen wir den Betrag für das AOZ streichen.

Felix Moser (Grüne): Es geht hier um die AOZ. Es geht um die städtischen Pflichtleistungen. Diese sind obligatorisch. Sie sind notwendig. Der Zusatzkredit wurde notwendig, weil der Kanton zwei temporäre Durchgangszentren gestrichen hatte und die Stadt ihr Kontingent erhöhen musste. Die Kosten für die Überwachung der Halle 9 waren beim Budgeteingang noch nicht geklärt.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): Wir enthalten uns einerseits, weil der Antrag zu spät eingereicht wurde, andererseits können wir auch nachvollziehen, dass wir die gesetzlichen Vorlagen des Kantons umsetzen müssen. Es ist auch nachvollziehbar, dass die Messehalle 9 durchgehend überwacht werden muss. Wir können nicht nachvollziehen, weshalb keine Einsparungen möglich sein sollen. Die Fallzahlen sind um fast 10 % zurückgegangen. Generell haben wir eine kritische Haltung gegenüber der AOZ. Wir fragen uns, ob die Kosten so gerechtfertigt sind, wie sie ausgewiesen werden. Wir vermissen von der Stadt eine Strategie, wie mit der Situation umgegangen werden soll.

Samuel Balsiger (SVP): Die Linken haben ausser Spott und Verachtung für Andersdenkende nichts übrig. Wir können hier über nichts diskutieren, alles wird als alternativlos dargestellt. Das Geld ist bereits ausgegeben, Ausgaben können nicht diskutiert werden und es handelt sich immer um Pflichtleistungen. Selbstverständlich sind die Pflichtleistungen da, weil viele Personen kommen. Rund 90 % der Ankömmlinge in den Durchgangszentren hauen ab. Würde man das Asylchaos stoppen, darauf achten, dass nur Leute kommen, die tatsächlich Flüchtlinge sind, dann wären auch die Pflichtleistungen unnötig. Wir müssen das geltende Recht konsequent umsetzen. Wenn Missstände zudeckelt und lächerlich gemacht werden und die Gegenseite verunglimpft wird, bekommt man die Quittung. Vielleicht braucht es vier weitere Jahre Asylchaos. Wer für Stabilität ist und die humanitäre Tradition nach Schweizer Recht und Genfer Konvention am Leben halten will, muss den Zustrom an Wirtschaftsflüchtlingen überwinden. Andernfalls muss in Kauf genommen werden, dass radikale Initiativen mehrheitsfähig werden.

Roger Liebi (SVP): Der Sprecher der Grünen hat gesagt, man könne hier nichts tun, weil es sich um Pflichtleistungen handelt. Wenn wir uns anschauen, wofür das Geld ausgegeben wird, passen nur 600 000 Franken zu den tatsächlichen Fallzahlen. Die andere Million ist auf Bestimmungen der Gebäudeversicherung zurückzuführen. Diese fordert einen durchgehenden Sicherheitsbetrieb und Ausbau. Dies hat mit Pflichtleistungen nichts zu tun. Es ist Ihnen unbenommen, wo die Leute untergebracht werden. Die AOZ muss dies organisieren und finanzieren. Deshalb ist der Zusatzkredit teilweise auf dem falschen Konto eingestellt. Für die Auflagen der Gebäudeversicherung können wir nichts. Pflichtleistungen betreffen nur das, was vom Bund und Kanton vorgeschrieben wird.

Alan David Sangines (SP): Roger Liebi (SVP) hat gesagt, es handle sich bei dieser Million Franken um keine Pflichtleistung. Uns wurde klar gesagt, dass die Million Franken für den Betrieb in der Halle 9 verwendet wird. Die Auflage der Gebäudeversicherung besagt, dass immer zwei Leute anwesend sein müssen. Dies ist von der Stadt einzuhalten. Zwei Zivilschutzanlagen wurden geschlossen, es gibt Leute, die von der Stadt aufgenommen werden müssen. Die Kosten sind ausgewiesen, der Zusatzkredit mehr als gerechtfertigt.

Roger Liebi (SVP): Mich erstaunt, dass die RPK dies nicht weiter verfolgt hat. Wir haben gehört, dass 0,6 Millionen Franken aufgrund der nachvollziehbaren Fallzahlen gezahlt werden müssen und die verbleibende Million Franken auf Auflagen der Gebäudeversicherung zurückgeht. Es ist nicht die Stadt, welche die Asylbewerber betreut. Wir haben entschieden, dass eine öffentlich-rechtliche Anstalt dafür verantwortlich sein soll. Diese öffentlich-rechtliche Anstalt wurde mit Kapital ausgestattet. In meinen Augen ist es unzulässig, dass die Stadt für den Betrieb aufkommen muss. Die Bewachung hat nichts mit den Fallzahlen zu tun, sondern bezieht sich auf den Betrieb. Dies muss die AOZ selber zahlen. Dies könnte verwaltungsrechtlich abgeklärt werden. Die AOZ wurde bewusst als öffentlich-rechtliche Anstalt ausgegliedert. Ich bitte den Präsidenten der RPK, dies nachzuprüfen.

S. 5	55 5500 3650 0302	Sozialdepartement Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an AOZ für städtische Pflichtleistungen		
9)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 663 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
			Enthaltung	Vizepräsident Michael Baumer (FDP)
			Abwesend	Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	1 663 000		
	Begründung	Der boomenden Asylindustrie einen Riegel schieben		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 21 Stimmen (bei 19 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 10)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): Selbstverständlich würde ich mich nie auf das Niveau eines städtischen Betriebs herablassen, der einmal «Fuck SVP» gesagt hatte. Ich werde hier ganz sachlich analysieren, was hier beim Antrag des Stadtrats steht. Gemäss Stadtrat bedingen höhere Umsätze einen höheren Wareneinkauf. Normalerweise steht der Wareneinkauf an erster Stelle und der Umsatz richtet sich nach den Ausgaben. Wenn ich mehr einkaufe, müssen meine Umsätze so hoch sein, dass auch die Ausgaben gedeckt sind. Die Begründung des Stadtrats ergibt keinen Sinn. Es weist darauf hin, dass die Preise viel zu tief sind und sich nicht mit den getätigten Ausgaben decken, dass das Jugendhaus Dynamo und das Restaurant Karl Subventionen in Höhe von 180 000 Franken bezogen haben. Das Essen ist dort subventioniert. Es braucht keine zusätzliche Quersubventionierung des Essens.

Felix Moser (Grüne): Ich bin über die Begründung von Samuel Balsiger (SVP) irritiert. Ich finde die Begründung des Stadtrats nachvollziehbar. Es kam zu höheren Umsätzen und es wurde zu wenig Geld für den Wareneinkauf budgetiert. Deshalb wird mehr Geld benötigt. Ich kann hier auch keine Subventionen erkennen. Die Mehrheit der RPK findet den Zusatzkredit gut begründet.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): Ich bin nur Kleinstunternehmer. Deshalb verstehe ich die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht ganz. Ich ging davon aus, dass ich Waren kaufen muss, damit ich sie verkaufen kann. Das dazwischen wird Marge genannt. Wenn ich die Begründung des Stadtrats lese, beläuft sich die Marge auf 80 000 Franken. Es werden beispielsweise Sandwiches verkauft. Ich ging davon aus, dass höhere Einnahmen im Vergleich zu den Ausgaben einen Gewinn bedeuten.

Samuel Balsiger (SVP): Ich hatte eine weitere Erkenntnis: Alles steht immer kurz vor dem Zusammenbruch. Betten im Krankenhaus werden auf die Strasse gestellt, der Strom wird abgestellt, das Restaurant macht zu, die Grenze bricht zusammen und das Land geht kaputt. Alles ist immer ultimativ. Wir stehen immer vor dem ultimativen Zusammenbruch. Es ist unbegreiflich, dass in diesem Fall die Umsätze zuerst da sind. Eigentlich steht der Umsatz am Schluss der Wertschöpfungskette. Umsätze decken die Ausgaben, die am Anfang der Wertschöpfungskette stehen. Der Umsatz soll die Ausgaben mindestens decken.

Stefan Urech (SVP): Ich möchte die FDP an ihr eigenes Parteiprogramm erinnern. Es geht um ein staatlich geführtes Restaurant und um einen staatlichen Jugendmusikclub. Es werden Waren für ein Restaurant eingekauft. Ich verstehe nicht, wie die FDP das unterstützen kann. Wir haben viele Restaurantbetriebe, die Existenzprobleme haben. Ich verstehe nicht, was die Unterstützung eines staatlichen Restaurants mit Freisinn und Liberalismus zu tun hat.

Roger Liebi (SVP): Wir reden von einem Restaurant. Das Restaurant Karl will Umsatz machen. Es besteht seit einigen Jahren, es hat also schon in den letzten Jahren Umsatz generiert. Es sollen Waren eingekauft werden. Offenbar blieb vom Umsatz der letzten Jahre nichts übrig. Also wird Geld gebraucht. Dieses wird bei der Stadt beantragt. Andere Leute müssen bei der Bank einen Kredit beantragen, wenn sie Geld brauchen. In diesem Fall wird das Geld bei der Stadt, also bei den Steuerzahlern beantragt. Dieser Weg ist eigenartig. Ich war immer davon ausgegangen, dass Unternehmen, die dasselbe wie Private tun, auf eine gleiche Basis mit Privaten gestellt werden. Offenbar hat die Stadt andere Möglichkeiten, ein Restaurant zu führen als ein privater Betrieb. Das ist eigenartig. Die FDP sagt, das sei eine Dienstabteilung. Nach Aussen ist es ein Restaurant, dieses muss mit dem vorhandenen Geld arbeiten. Andernfalls handelt es sich um eine Wettbewerbsverzerrung.

S. 6	55 5550 3135 0000	Sozialdepartement Soziale Dienste Lebensmittel		
10)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	100 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
			Abwesend	Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	100 000		
	Begründung	Staatliches Jugendkulturhaus und Restaurant obsolet		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2.2 Ordentliche Kreditübertragungen

Antrag 11)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Katharina Widmer (SVP): Die SVP lehnt den Übertrag des Projektierungskredits in den Rechnungskreis 2031 zugunsten der Wohnsiedlung Eichrain ab. Bei der Budgetierung für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter wurde nicht genau gearbeitet. 1,4 Millionen Franken sollen jetzt einfach von einem Konto auf ein anderes verschoben werden. Schon bei der damaligen Behandlung im Gemeinderat hat die SVP den Projektierungskredit für die Siedlung Eichrain mit dem subventionierten Wohnungsbau abgelehnt.

Michael Baumer (FDP): Es handelt sich um eine Kreditübertragung. Manchmal sieht man im Verlauf des Jahres, dass man mit manchen Projekten schneller voran kommt als mit anderen. Wir befinden uns in der Projektierungsphase, die Übertragung sollte somit rasch möglich sein. Wir sollten Projekte weiterziehen, mit denen vorangekommen wird.

S. 6	20 von 2026 3182 0000 nach 2031 3182 0000	Finanzdepartement Baulandreserven, Landreserven ausserhalb der Stadt Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter Wohnsiedlungen Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter		
11)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 400 000	Mehrheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
			Abwesend	Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung	Die SVP lehnt die geplante Wohnsiedlung Eichrain ab		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 12)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christoph Marty (SVP): Es geht um Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter, also um Gebühren und Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten. Wir sind gegen solche Kreditübertragungen und erwarten, dass besser budgetiert wird.

Raphaël Tschanz (FDP): Man kann immer argumentieren, dass besser budgetiert werden soll. Das ist berechtigt. Es geht um die Kreditübertragung von zwei gleichen Konten. Die Stadt musste auf einem Konto weniger Bauvorhaben planen, hatte dafür aber Mehraufwendungen auf dem Konto für Baugenossenschaften. Die Kreditübertragung ist unproblematisch.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Die Begründung der FDP ist problematisch. Ich stelle mir aus der Vergangenheit heraus gewisse Fragen in Bezug auf den Zweck von Kreditübertragungen. Im Budgetprozess bestimmen wir den Verwendungszweck der gesprochenen Beträge. Der Sprecher der Mehrheit hat gesagt, dass damals im Budgetprozess für etwas Geld gesprochen wurde, das jetzt nicht ausgeführt werden kann. Jetzt soll das Geld an etwas übertragen werden, dem wir im Budget damals nicht zugestimmt haben. Der Prozess des Budgetprozesses wird schwerwiegend geritzt. Ich bitte, zu überprüfen, ob dies mit geltendem Recht vereinbar ist.

Walter Angst (AL): Hier ist der Fall eindeutig. Das Amt für Hochbauten macht Projektierungen für städtische Dienstabteilungen oder für Baugenossenschaften. Im Verlauf des Jahres hat man gesehen, dass es weniger städtische Projekte gibt, aber gewisse Genossenschaftsprojekte vorgezogen werden können. Diese liegen auf einem anderen Konto und werden uns entschädigt. Die Genossenschaften zahlen dies. Dieser Fall ist klar. Die gemachte Arbeit ist dieselbe, sie wird nur anders verrechnet.

Roger Liebi (SVP): Der Präsident der RPK hat ausgeführt, dass die Mittelverwendung eine andere ist, als diejenige, die wir im Budgetprozess besprochen haben. Wenn für etwas Geld gesprochen wird, wird damit eine Absicht verfolgt. Man kann das Geld nicht an einem anderen Ort ausgegeben werden. Dies entspricht nicht dem Budgetprozess.

S. 7	40 4020 von 3182 0000 nach 3180 0212	Hochbaudepartement Amt für Hochbauten Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter: Gebühren		
12)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	50 000	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP), Referent Mehrheit; Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP)
	Begründung	Geld nicht zweckentfremden		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 13)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Es geht um eine Kreditübertragung vom Lohnkonto für die Ausbildung von PraktikantInnen. Die Eintrittshürden für PraktikantInnen wurden gesenkt, aufgrund des gestiegenen Bedarfs an Betreuungsplätzen gibt es auch einen höheren Bedarf an PraktikantInnen. Die Zahl PraktikantInnen wird deutlich erhöht. Das Projekt der Betreuung wird weiter vorangetrieben. Wir sind dagegen. Im privaten Bereich ist die Eigenfinanzierungsquote von 85 % möglich. Im staatlichen Bereich liegt der Eigenfinanzierungsgrad bei etwa 30 bis 33 %.

Alan David Sangines (SP): Wir haben die Begründung für die ordentliche Kreditübertragung gehört. Die Eintrittshürden für Praktikantinnen und Praktikanten wurden gesenkt. Dies führte zu einer höheren Anzahl Praktikantinnen und Praktikanten. Die Erhöhung liegt innerhalb des bestehenden Kontingents. Es braucht keinen Zusatzkredit, es handelt sich um eine ordentliche Kreditübertragung. Ginge es um eine nichtbudgetierte Zunahme, hätte es eines dringlichen Zusatzkredits bedurft. Es handelt sich hier um eine ordentliche Kreditübertragung.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Bei diesem Zusatzkredit sieht man, wie stark der Betreuungsapparat gewichtet wird. Praktikanten, die Lehrer werden, erhalten keine Bezahlung für die Praktika. Bei den Sozialpädagogen muss ein Zusatzkredit gesprochen werden, weil der Praktikantenlohn auf mehr Personen verteilt werden soll. Ich verstehe das nicht.

Dr. Daniel Regli (SVP): Alan David Sangines (SP) sagte, die Kontingente seien gleich hoch. Man konnte nicht absehen, dass die Hürden gesenkt wurden, wodurch eine höhere Anzahl von Praktikanten möglich geworden ist.

Felix Moser (Grüne): Es haben nicht alle verstanden, worum es geht. Es sind nicht Auszubildende FaBes, sondern ausgebildete FaBes. Die Löhne hängen davon ab, von wo die Praktikanten und Praktikantinnen kommen. Es ist nicht mit einer Zunahme an Löhnen zu rechnen.

S. 7	50 5010 von 3010 0000 nach 3012 0000	Schul- und Sportdepartement Schulamt Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Löhne des Personals in Ausbildung		
13)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	680 000	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
			Abwesend	Alan David Sangines (SP), Referent Mehrheit; Dorothea Frei (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung	Betreuungsindustrie nicht weiter ausbauen		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Präsident Walter Angst (AL), Referent; Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)
Abwesend:	Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Für das Jahr 2016 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitionsrechnung Fr.
1. Zusatzkredite	13 286 400	3 087 500
2. Kreditübertragungen	+2 194 400 –2 194 400	+400 000 –400 000
Zusatzkredite brutto	13 286 400	3 087 500

2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitionsrechnung Fr.
– den Zusatzkrediten von	13 286 400	3 087 500
– den Kreditübertragungen von	+2 194 400	+400 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		

– verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	–2 194 400	–400 000
– Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	–5 630 000	–
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	7 656 400	3 087 500

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 23. November 2016 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

2414. 2016/335
Weisung vom 05.10.2016:
Trimesterbericht II/2016 zu den Globalbudgets

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Trimesterberichte per 31. August 2016 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

Walter Angst (AL): *Die RPK hat beschlossen, dass Trimesterberichte künftig gemeinsam mit den Zusatzkrediten behandelt werden. Dank der Anpassung der Termine durch das Finanzdepartement wird dies künftig möglich sein. Trimesterberichte sind Ergänzungen zu den Zusatzkrediten. Es freut mich, dass wir heute den Trimesterbericht abnehmen können. Dieser Trimesterbericht enthält keine Globalbudgetergänzung. Wir müssen nur entscheiden, ob wir den Bericht zur Kenntnis nehmen wollen. Das Museum Rietberg, die Alterszentren und das Waidspital liegen innerhalb des Budgets. Das Steueramt, die Pflegezentren, die Geomatik und Vermessung und Grün Stadt Zürich erwirtschaften ein Plus, das ewz hat wegen gesunkenen Strompreisen einen zusätzlichen Abschreibungsbedarf, der sich auf die Entnahme von Reserven auswirkt. Das Triemlispital haben wir bereits vor einem Monat diskutiert. Wir haben eine Globalkreditergänzung nicht bewilligt. Gemäss Trimesterbericht kam es zu einem Ausgabenwachstum. Dieses entspricht der abgelehnten Globalkreditergänzung. Das war absehbar. Es wurde darauf verzichtet, denselben Antrag zu stellen. Die RPK hat verschiedene Rückfragen gestellt. Die Informationen sind umfassend.*

Kommissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

Peter Schick (SVP): *Walter Angst (AL) hat in seinen Ausführungen bereits viel gesagt. Es gibt Produktgruppen, für die das Budget ausreichte. Aus unserer Sicht liest sich der Trimesterbericht gut, es werden keine Anträge gestellt. Beim Triemlispital wird wiederholt darauf hingewiesen, dass kein Antrag gestellt wird, weil der Gemeinderat den Antrag abgelehnt habe. Es wirkt, als ob die Faust im Sack gemacht wurde. Es sollte kommuniziert werden, wie die Strategie des Triemlispitals für die nächsten Jahre aussieht. Es kann nicht sein, dass wir wieder über eine Globalbudgetergänzung debattieren müssen. Es soll eine Strategie vorgelegt werden, die klar aufzeigt, wohin sich das Triemlispital in den nächsten Jahren bewegen will. Es soll auch Geld vom Triemlispital in die Stadtkasse fliessen.*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Die Trimesterberichte per 31. August 2016 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Stefan Urech (SVP)
Abwesend: Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Stefan Urech (SVP)
Abwesend: Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Trimesterberichte per 31. August 2016 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 23. November 2016 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Persönliche Erklärung:

Roger Liebi (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur aktuellen Sexismusdebatte.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Die Diskussion ist schwierig. Der Stadtrat wurde heute von der SVP als wahnsinnig bezeichnet. Kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür.*

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2415. 2016/398

Motion von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Gabriela Rothenfluh (SP) vom 16.11.2016:

Pilotprojekt für eine Weiterbeschäftigung von Mitarbeitenden, die ihre volle Arbeitsleistung nicht erbringen können mit einer Belastung der Stellenpläne entsprechend der Leistung

Von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Gabriela Rothenfluh (SP) ist am 16. November 2016 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, die mit einem Pilotprojekt vorsieht, dass die städtischen Mitarbeitenden, die aufgrund ihrer persönlichen Situation (Krankheit, Unfall, Alter etc.) ihre volle Arbeitsleistung nicht mehr erbringen, trotzdem weiter beschäftigt werden können. Sie sollen in etwa ihrem bisherigen Pensum arbeiten können, aber nur noch entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit mit Aufgaben belastet werden. Dabei ist darauf zu achten, dass diese MitarbeiterInnen nur entsprechend ihrer real erbrachten Leistung den jeweiligen Stellenplänen belastet und für den Ausfall zusätzliches Personal engagiert werden kann.

Begründung:

Im Personalrecht wird in Art. 3, Abs. i der Grundsatz festgehalten, dass die Beschäftigung und Eingliederung von MitarbeiterInnen, die dauernd oder vorübergehend in ihrer Arbeitsfähigkeit eingeschränkt sind, gefördert werden soll. Es werden auch einige Anstrengungen in einzelnen Abteilungen unternommen. Die Weiterbeschäftigung von Personen, die dauernd oder vorübergehend in ihrer Arbeitsfähigkeit eingeschränkt sind, ist nur dann erfolgversprechend, wenn sie nur entsprechend ihrer real erbrachten Leistung den jeweiligen Stellenplänen belastet und für den Ausfall zusätzliches Personal engagiert werden kann. Den Betroffenen soll aber trotzdem ein festzulegender Minimallohn garantiert werden – bspw. analog der Lohnbestimmungen für LehrabgängerInnen. Mit einem Pilotprojekt soll aufgezeigt werden, wie das Anliegen in der Stadtverwaltung umgesetzt werden kann.

Mitteilung an den Stadtrat

2416. 2016/399

Motion von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Gabriela Rothenfluh (SP) vom 16.11.2016:

Pilotprojekt für eine vermehrte Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen bei Stellenbewerbungen und einer Belastung der Stellenpläne entsprechend der Leistung

Von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Gabriela Rothenfluh (SP) ist am 16. November 2016 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, die mit einem Pilotprojekt aufzeigt, wie vermehrt Menschen mit Behinderungen aller Art bei Stellenbewerbungen berücksichtigt werden können. Dabei ist darauf zu achten, dass diese MitarbeiterInnen nur entsprechend ihrer real erbrachten Leistung den jeweiligen Stellenplänen belastet und für den Ausfall zusätzliches Personal engagiert werden kann.

Begründung:

Mit der 5. und 6. IV-Revision wurde das Rentensystem dahin gehend revidiert, dass es den Zugang zur IV-Rente stark einschränkte und den Fokus auf eine verstärkte Eingliederung von leistungsbeeinträchtigten Menschen in den Arbeitsmarkt setzte. 17'000 Personen sollen bis 2017 aus der Invalidenversicherung (IV) herausgeführt werden. Der IV stehen dafür neu Instrumente wie ein Arbeitsversuch, finanzielle Zuschüsse und Integrationsbeiträge zur Verfügung, um RentnerInnen und Arbeitgebende enger begleiten zu können.

Eine neue Studie des BSV (2016) bei den 26 kantonalen IV-Stellen zeichnet aber ein wenig schmeichelhaftes Bild: IV-BezügerInnen finden fast keine Arbeit mehr. Die grosse Mehrheit der IV-Stellen kritisiert, dass die sehr aufwendige Umsetzung in keinem Verhältnis zur Zahl der erfolgreich eingegliederten Menschen stehe. Der Hauptgrund sei die Überschätzung des Eingliederungspotenzials von vielen Menschen mit einer Behinderung und die damit verbundene deutlich restriktivere Praxis bei der Gewährung von IV-Renten. Kritisiert wird aber auch, dass man sich "zu wenig am Aufnahmepotenzial des Arbeitsmarktes" orientiert habe. Sprich: Es werden viel zu wenig entsprechenden Arbeitsplätze angeboten. Heute sind weniger als 1% der Arbeitsplätze in der Schweiz mit in ihrer Arbeitsfähigkeit eingeschränkten Mitarbeitenden (ob mit oder ohne IV) besetzt. Geeignet wären aber gemäss einer Studie bis zu 8% der Arbeitsstellen.

Im Personalrecht wird in Art. 3, Abs. i der Grundsatz festgehalten, dass die Beschäftigung und Eingliederung von MitarbeiterInnen, die dauernd oder vorübergehend in ihrer Arbeitsfähigkeit eingeschränkt sind, gefördert werden soll. Es werden auch einige Anstrengungen in einzelnen Abteilungen unternommen. Die Zahl könnte aber noch deutlich erhöht werden. Mit einem Pilotprojekt könnte das Potential in der Stadtverwaltung und deren Umsetzung geprüft werden.

Mitteilung an den Stadtrat

2417. 2016/400

**Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Felix Moser (Grüne) vom 16.11.2016:
Erhöhung des relativen Aktienanteils der Zoo Zürich AG entsprechend den
geleisteten Betriebsbeiträgen**

Von Markus Knauss (Grüne) und Felix Moser (Grüne) ist am 16. November 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die seit Jahrzehnten geleisteten Betriebsbeiträge an die Zoo Zürich AG durch die Stadt Zürich zu einem entsprechend höheren relativen Anteil am Aktienbesitz der Zoo Zürich führen.

Begründung:

Neben Investitionen leisten Stadt und Kanton Zürich seit Jahrzehnten auch Beiträge an den Betrieb der Zoo Zürich AG. 2015 belief sich dieser Betrag auf rund 3.3 Millionen Franken.

Trotz dieser sehr verlässlichen und grosszügigen Finanzierung durch die Stadt Zürich sind die Mitbestimmungsrechte in der Aktiengesellschaft des Zürcher Zoos nur ungenügend abgebildet.

Der Stadtrat soll deshalb prüfen, ob sich die Betriebsbeiträge der Stadt Zürich an den Zoo Zürich nicht auch in einem höheren Aktienbesitz mit entsprechend höheren Mitbestimmungsrechten der Stadt Zürich niederschlagen sollen.

Mitteilung an den Stadtrat

2418. 2016/401

**Interpellation von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und 10 Mitunterzeichnenden
vom 16.11.2016:
Eingliederung von leistungsbeeinträchtigten Menschen in den Arbeitsmarkt,
Angaben zu den Anstellungen und den Massnahmen in der Stadtverwaltung
sowie zum Umgang mit betroffenen Mitarbeitenden**

Von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) ist am 16. November 2016 folgende Interpellation eingereicht worden:

Mit der 5. und 6. IV-Revision wurde ein neues Rentensystem eingeführt, das den Zugang zur IV-Rente stark einschränkte und den Fokus auf eine verstärkte Eingliederung von leistungsbeeinträchtigten Menschen in den Arbeitsmarkt setzte. 17'000 Personen sollen bis 2017 aus der Invalidenversicherung (IV) herausgeführt werden.

Eine neue Studie des BSV (2016) bei den 26 kantonalen IV-Stellen zeichnet aber ein wenig schmeichelhaftes Bild: IV-BezügerInnen finden fast keine Arbeit mehr. Zudem werden viel zu wenig entsprechende Arbeitsplätze angeboten. Heute sind weniger als 1% der Arbeitsplätze in der Schweiz mit in ihrer Arbeitsfähigkeit

keit eingeschränkter Mitarbeitender (ob mit oder ohne IV) besetzt. Geeignet wären aber gemäss einer Studie bis zu 8% der Arbeitsstellen.

Im Personalrecht wird in Art. 3, Abs. i der Grundsatz festgehalten, dass die Beschäftigung und Eingliederung von MitarbeiterInnen, die dauernd oder vorübergehend in ihrer Arbeitsfähigkeit eingeschränkt sind, gefördert werden soll.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Mitarbeitende mit einer Behinderung oder einer Leistungsbeeinträchtigung arbeiten bei der Stadt Zürich?
2. In welchen Abteilungen sind sie angestellt? Gibt es auch Mitarbeitende mit einer Behinderung oder eine Leistungsbeeinträchtigung im Kader oder als Lehrlinge? Wer zahlt den jeweiligen Lohn?
3. Was wird in den verschiedenen Verwaltungsabteilungen unternommen, um Mitarbeitende, die aufgrund ihrer persönlichen Situation (Krankheit, Unfall, Alter etc.) ihre volle Arbeitsleistung nicht mehr erbringen, trotzdem weiter beschäftigt werden können?
4. Wie viele Mitarbeitende wurden aufgrund von Burnout, Krankheit, Unfall usw. an die IV weiter gereicht und wie viele konnten bei der Stadt Zürich beschäftigt bleiben?
5. Wie wird die ausfallende Leistung einer/s MitarbeiterIn in der Abteilung aufgefangen?
6. Was wird in den verschiedenen Verwaltungsabteilungen unternommen, um vermehrt Menschen mit einer Behinderung einzustellen?

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Motionen, das Postulat und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

2419. 2016/175

**Weisung vom 25.05.2016:
Kultur, Schweizerisches Institut für Kunstwissenschaft (SIK-ISEA),
Beiträge 2017–2020**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 28. September 2016 ist am 4. November 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 23. November 2016.

2420. 2016/176

**Weisung vom 25.05.2016:
Kultur, Theater HORA – Stiftung Züriwerk, Beiträge 2017–2020**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 28. September 2016 ist am 4. November 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 23. November 2016.

Nächste Sitzung: 16. November 2016, 21 Uhr.